

Wien, am Freitag, den 7. Dezember 1928

Ausserordentliche Notstandsaktion für Arbeitslose. Mit Rücksicht auf die noch immer bestehende ausserordentliche Notlage der Arbeitslosen hat die Wiener Gemeindeverwaltung auch heuer eine einmalige ausserordentliche Notstandsunterstützung für Arbeitslose vorgesehen. Für diese Unterstützung kommen Familienerhalter, deren Arbeitslosigkeit erwiesenermassen mindestens zwanzig Wochen dauert, und Ausgesteuerte, die nicht im Familienverbande leben, in Betracht. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen haben sich an ihre zuständige Gewerkschaft alle übrigen ausschliesslich an ihren Fürsorgerat zu wenden. Diese einmalige ausserordentliche Unterstützung ist nicht als Fürsorgemassnahme für Weihnachten oder sonstige Feiertage gedacht. Die Aktion erstreckt sich vom 10. Dezember 1928 bis 15. Februar 1929.

Die neuen Wählerlisten. Nach Paragraph 35 der Nationalratswahlordnung können die Parteien spätestens am 1. Jänner jeden Jahres die Ausfolgung von Abschriften der Wählerverzeichnisse gegen Ersatz der Herstellungskosten verlangen. Da im Jänner 1929 neue Wählerverzeichnisse angelegt werden, so müsste ein etwaiges Verlangen auf Ausfolgung von Abschriften bis spätestens 1. Jänner 1929 geltend gemacht werden. Das Begehren ist an die Magistratsabteilung 49, Wien I., Neues Rathaus, zu richten, wo auch Auskünfte über die bis spätestens 8. Jänner 1929 zu leistende Anzahlung eingeholt werden können.

Irreführende Reklame für Möbel. Eine Firma "Volkswohnungen-Einrichtungs-Vertriebsgesellschaft Ludwig Kelber & Co." kündigt sich durch Reklamzettel und grosse Plakate an. Diese Druckschriften sind in der Form eines amtlichen Steuerbogens gehalten. Sie werden auch in vielen Privathäusern angeschlagen. Durch die äussere Form dieser Ankündigungen wird der Anschein erweckt, dass die Gemeindeverwaltung mit dieser Aktion in irgendeiner Verbindung stehe. Der Magistrat erklärt, dass dies nicht zutrifft; er hat auch den Anschlag der Plakate dieses Unternehmens in den städtischen Wohnhäusern nicht zugelassen.

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1929. In der kommenden Woche treten am Montag um 16 Uhr der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss zur Beendigung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde Wien für 1929 zusammen. Der Wiener Gemeinderat wird sich am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag mit dem Voranschlag beschäftigen. Die Sitzungen beginnen um 16 Uhr. Der Wiener Stadtsenat tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags zusammen.

Das Wiener Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Deutschland. Der Berliner Bezirk Kreuzberg hat beschlossen, eine Dauerausstellung "Gesellschaft und Wirtschaft im statistischen Bilde" durch das Wiener Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum einrichten zu lassen. Mit Unterstützung der Stadt Berlin wird für die Ausstellung das "Gesundheitshaus" zur Verfügung gestellt. Anfangs März soll in Verbindung mit einer Wanderausstellung die erste Abteilung des neuen Museums eröffnet werden. Die Museumsgruppe "Berlin" wird auf Grund der Arbeiten des statistischen Amtes der Stadt Berlin aufgebaut.

Entfallende Sprechstunde. Am Mittwoch entfällt wegen der Beratung des Voranschlages die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Gegenüber dem Vormonate sind die Kanalräumungsgebühren für Dezember unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses vom August 1914, beziehungsweise des Monatszinses, der der Berechnung der Wohnbausteuer zugrunde gelegt worden ist.